

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	10/2015
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	17. November 2015
Zeit:	19:00 Uhr – 22:50 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtinnen Harant, Kaltschmidt, von Reumont, Stadtrat K. Rupp, <u>SPD</u> Stadträtin Betke-Hermann, Stadträte Berroth, Keller, Schimpf und Schubert <u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, KH Streib, Volk und Wachert (ab 21:50 Uhr – TOP 8) <u>Grüne</u> Stadträtinnen Endler, Groesser und Seidelmann, Stadträte Katzenstein und Schwenk
weiter anwesend:	Frau Lutz, Herren Arnold, Heid, Dr. Scheffczyk, ,
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Oppelt, Stadträte Chr. Rupp, Bergsträsser, Wachert (ab 21:50 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Kaltschmidt und Stadtrat K.-H. Streib
Sachvortrag:	Herr Reinhard, Herr Robens (Forstamt), Herr Heid
Schriftführerin:	Semrau

Vor Beginn der Sitzung findet eine Gedenkminute zur Ehrung des verstorbenen Altkanzlers Helmut Schmidt sowie im Gedenken an die Opfer der Terroranschläge von Paris statt.

Blutspenderehrung 2015

Anschließend nimmt Bürgermeister Althoff die diesjährige Ehrung der Blutspender vor. In diesem Jahr stehen 8 Bürgerinnen und Bürger zur Ehrung an. Der Bürgermeister dankt in seiner Ansprache den Blutspendern selbst sowie den Organisatoren des DRK und nimmt die Auszeichnung vor, in Form der Übergabe der Urkunde und Ehrennadel sowie einem Präsent der Stadt Neckargemünd (Sekt). Herr Steffen Platz, Vorsitzender der DRK-Ortsgruppe Neckargemünd, würdigt die Blutspender ebenfalls in einer kurzen Ansprache und verteilt Buchgutscheine als Präsente.

FRAGESTUNDE

Herr Erik Walter aus Neckargemünd weist umfassend auf die brisante Verkehrslage in der Banngartenstraße im Bereich der Grundschule Neckargemünd hin. Er sieht eine starke Gefährdung der Kinder durch die Schulbusse, welche auf dem Schulhof halten, um Kinder abzusetzen und aufzunehmen, durch die parkenden Fahrzeuge von Lehrern und Eltern sowie den durchgehenden Verkehr in der Banngartenstraße. Er sei sich bewusst, dass bisher schon Maßnahmen zur Verbesserung der Situation angedacht und geplant worden seien. Nun fragt er sich, warum hier noch nicht gehandelt wurde. Als Lösungsvorschlag führt er aus, dass zum einen die Schulbusse vom Schulhof wegzuhalten seien, dass die Banngartenstraße nur noch von Anliegern befahren werden dürfe und dass die Schulbusse vor dem Anlieger gekreist werden sollen. Bürgermeister Althoff beantwortet die Anfrage mit dem Hinweis darauf, dass das Thema schon sehr lange die Verwaltung und Gremien der Stadt sowie die Fachbehörden beschäftige. Das Thema und die grundsätzliche Problematik werden von verschiedenen Personengruppen unterschiedlich beurteilt. Zum einen diene die Banngartenstraße als Durchfahrtsweg für den Forstbetrieb und könne daher nicht gesperrt werden. Das Anfahren der Busse auf dem Schulhof sei natürlich problembehaftet, ein Kreisen der Busse auf Höhe der Feuerwehr berge allerdings ebenfalls Gefahren durch den Verkehr für die Schulkinder. Bereits durchgeführte Maßnahmen seien allerdings die Anbringung der „Köllner Teller“ im Bereich der Unterführung, um den Verkehr zu verlangsamen, sowie die Aufstellung der rotweißen Pfosten mit Kette, um die Gefährdung der Schulkinder zu minimieren. Der Bürgermeister empfiehlt als Handlungsvorschlag, Einigkeit in der Elternschaft herzustellen und dann mit konkreten Vorschlägen an die Verwaltung heranzutreten, die jederzeit offen für neue Ideen in diesem Bereich sei. Es sei das höchste Interesse der Stadtverwaltung und der Gremien, die Schulkinder vor Schaden zu bewahren.

Herr Andreas Franz möchte Klarheit darüber, ob tatsächlich geplant sei, den 35er Bus aus der Innenstadt zu nehmen. Er erklärt, dass aus seiner Sicht grade für ältere Leute oder Familien diese Linie zur Erschließung der Geschäfte und Wohnungen in der Innenstadt sehr wichtig sei. Herr Bürgermeister Althoff bedankt sich für den Beitrag und erklärt, dass derzeit noch keine endgültige Entscheidung diesbezüglich herbeigeführt sei. Die Fraktionen befinden sich noch in Diskussionen. Spätestens zur Vergabe des neuen Linienbündels in 2016 wird darüber entschieden werden müssen. Herr Bürgermeister Althoff stellt klar, dass er sich derzeit einer großen Mehrheit im Gremium gegenüber sieht, die tatsächlich die Abschaffung der Linie 35 in der Innenstadt befürworte. Herr Franz appelliert an den Gemeinderat, dies gründlich zu überdenken.

Herr Dr. Ding, Vorsitzender von Birnbaum e.V. regt an, in der Innenstadt „Stolpersteine“ im Gedenken an jüdische Neckargemünder Bürger setzen zu lassen, die Opfer der NS-Zeit geworden sind. Herr Bürgermeister Althoff ist ebenfalls von diesem Projekt begeistert und erklärt, dass bereits Recherchen in dieser Richtung laufen.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 9 vom 13. Oktober 2015**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 10/2015 vom 13. Oktober 2015 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 11/2015 vom 5. November 2015 gefassten Beschlüsse**

3.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

3.3: **Beschluss:**

4: **Haushalt 2016
- Einbringung durch den Bürgermeister**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Bürgermeister Althoff trägt die Haushaltsrede für die Einbringung des Haushaltes 2016 vor. Die Rede ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

4.2: **Beratung:**

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Haushaltes zur Kenntnis und wird ihn in einer gesonderten Sitzung beraten.

5: Waldhaushalt 2016

5.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Nach einer kurzen Einführung durch den Bürgermeister charakterisiert Herr Robens den Rückblick auf das Jahr 2014 und den momentanen Stand anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Herr Robens stellt das Ergebnis im Jahr 2014 überaus positiv dar, allerdings, so räumt er ein, sind hier noch Einnahmen aus 2013 enthalten. Er betont, dass die Forstarbeit nicht nur aus Holzeinschlag bestehe, sondern ebenfalls zahlreiche Pflanz- und Hegemaßnahmen umfasse. Die Buche sei die weitaus häufigste Baumart im Neckargemünder Wald, der Bestand verjünge sich dabei auch stets selbst. Man strebe aber einen Mischwald an und müsse daher solche Baumarten anpflanzen, die nicht mit der Buche konkurrieren können. Daher habe man im Jahr 2014 ca. 3.500 Douglasien und 450 Lärchen gepflanzt.

Zum Zwischenstand 2015 führt Herr Robens aus, dass der Rehwildverbiss zunehme; man müsse aufwändigere Schutzmaßnahmen ergreifen. Zum Zwischenstand im Oktober 2015 stelle sich das Rechnungsergebnis mit einer negativen Zahl dar. Die Prognose sei, dass zumindest die geplante Menge an Einschlag in diesem Jahr noch erfüllt werde. Durch die Einnahmeverchiebung sei es allerdings möglich, dass wie im Jahr 2013 auch in 2015 im Abschluss ein negatives Rechnungsergebnis dargestellt werden müsse. Herr Robens erklärt, dass der Holzmarkt nun langsam wieder kritischeren Zeiten entgegen gehe. So führen z.B. Sturmschäden dazu, dass der Fichtenpreis rückläufig sei. Das trockene Jahr 2015 biete außerdem beste Voraussetzungen für Schädlinge wie den Borkenkäfer.

Herr Robens spricht seinen Dank an Herrn Reinhard und sein Team aus. Durch das Kostenbewusstsein und Planungstalent habe man das Jahr 2014 mit einem so guten Ergebnis abschließen können. Er weist außerdem darauf hin, dass der Stadtwald Neckargemünd in einem PEFC-Audit (PEFC - Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes - ist die weltweit größte unabhängige Organisation zur Sicherstellung und stetigen Verbesserung nachhaltiger Waldbewirtschaftung unter Gewährleistung ökologischer, sozialer und ökonomischer Standards) völlig ohne Beanstandungen begutachtet wurde. Auch dies schreibt er der guten Arbeit von Herrn Reinhard und dessen Team zu.

Herr Reinhard stellt dann den Plan für das Jahr 2016 dar. So ist z.B. geplant, 5.650 Fm an Holzeinschlag zu bringen. Angebaut werden im nächsten Jahr lediglich 0,4 ha, allerdings wird hier das Hauptaugenmerk auf die Kultursicherung mit 18,2 ha und die Jungbestandspflege mit 5,6 ha gelegt. Der Verwaltungshaushalt weist in den Planungen für das Jahr 2016 einen Betrag von -42.201,00 € auf. Herr Reinhard erklärt dies damit, dass die beiden Waldarbeiter verstärkt in der Bestandspflege eingesetzt werden müssten, und der Großteil der Holzernte an Fremdfirmen zu vergeben sei. Zusätzlich ist mit Einschlagseinbußen zu rechnen.

5.2: Beratung:

Herr Bürgermeister Althoff bedankt sich bei Herrn Robens und Herrn Reinhard für den Vortrag und die umfassenden Ausführungen. Er stellt außerdem heraus, dass man ausgesprochen zufrieden mit der Arbeit von Herrn Reinhard und seinem Team sei. Man schätze die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit sehr. Aufgrund der zu erwartenden Haushaltslage gibt er allerdings zu bedenken, dass man zukünftig darüber nachdenken müsse, inwieweit der Einsatz der Waldarbeiter im Bereich der Pflege und Unterhaltung bei gleichzeitiger Vergabe der Holzernte an

Fremdfirmen aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll sei. In der Zukunft gebe es in diesem Bereich verstärkten Planungsbedarf. Herr Reinhard erklärt, dass diesbezüglich bereits Gespräche mit der Hauptamtsleiterin der Stadt Neckargemünd, Frau Henkel, stattgefunden haben. Er stellt erneut die vielen wichtigen Arbeiten heraus, die von den beiden Mitarbeitern im Wald geleistet werden, welche sich allerdings im Haushalt nicht so deutlich abbilden lassen wie z.B. der Holzeinschlag.

Stadträtin von Reumont betont erneut ausdrücklich, wie zufrieden man mit der Arbeit im Wald sei und bedankt sich ausdrücklich bei den Herren Reinhard und Robens sowie den beiden Mitarbeitern.

Stadtrat Berroth weist darauf hin, dass es zu vermeiden sei, in der öffentlichen Gemeinderatssitzung eine Diskussion über die Personalplanungen einzuleiten.

Stadtrat Schimpf fällt in der Ausarbeitung auf, dass die Einnahmen aus der Jagdpacht und die Ausgaben bezüglich der Wildschäden sich quasi gegenseitig aufheben. Dies bestätigen die Herren Reinhard und Robens. Sie erklären, dass die Wildschäden insgesamt stark zunehmen. Herr Schimpf fragt außerdem an, ob mit Instandsetzung der Wege konkret die Verkehrswege für die Holzwirtschaft oder Wanderwege gemeint seien. Herr Robens gibt an, dass es sich tatsächlich um die Fahrwege für die Holzabfuhr handele. Weiterhin bittet Herr Schimpf darum, die hohen Kosten im Bereich Holzeinschlag zu erläutern. Herr Robens führt an, dass zum einen ein höherer Holzeinschlag für das Jahr 2016 veranschlagt sei, zum anderen befinden sich die zu bewirtschaftenden Stellen in teilweise sehr schwer zugänglichen Bereichen wie z.B. der Oberen Haide. Hier sei spezielles Werkzeug notwendig.

Stadtrat Volk dankt Herrn Robens, Herrn Reinhard sowie den Arbeitern für die gute geleistete Arbeit. Es sei ein schönes Signal, dass man auch in der PEFC-Audit überzeugen konnte. Er betont auch, dass eine Anzahl von insgesamt 3 Mitarbeitern für eine so große Waldfläche wie Neckargemünd sie vorzuweisen hat, ein großer zu bewältigender Aufwand und somit auch eine große Leistung der Mitarbeiter bedeute. Herr Volk empfiehlt zu dem Punkt der Absicherung der Felsböschung an der Dilsberger Straße, diesen im Jahr 2016 endgültig auszuführen und abzuschließen. Der Punkt sei in den vergangenen Jahren immer wieder in der Haushaltsplanung gewesen. Er fragt außerdem an, wie die Bäume im Neckargemünder Wald markiert werden, da ihn Fragen aus der Bevölkerung erreichen. Konkret gehe es um Bäume auf dem Dilsberg, die im Bereich der Baustelle des Funkmastes markiert worden sind. Herr Robens erklärt, dass die mit Punkten markierten Bäume „Zukunftsbäume“ seien. Diese sollen stehen bleiben. Die mit Strichen gekennzeichneten Bäume sind zu fällen. Herr Reinhard ergänzt, dass es hierbei auch darum gehe, den sehr alten Neckargemünder Wald zu verjüngen. Durch das Fällen mancher Bäume wird die Naturverjüngung anderer Arten angeregt. Insbesondere die Tannenverjüngung müsse gefördert werden. Herr Volk regt außerdem an, im Jahr 2016 eine Waldbegehung anzusetzen. Herr Robens begrüßt dies und sagt zu.

Stadträtin Seidelmann ist sich ebenfalls sicher, dass der Wald in den besten Händen sei und spricht Ihre Glückwünsche zu dem erfolgreichen Audit aus. Sie fragt zusätzlich an, was genau der Punkt der Einnahmen mit Steuer enthält. Herr Reinhard erklärt, dass dies z.B. Einsätze der Waldarbeiter in anderen Gemeinden bzw. Revieren seien. Außerdem würde man bei schlechtem Wetter auch Tische und Bänke aus Holz anfertigen, die dann verkauft würden. Herr Arnold ergänzt, dass es sich hierbei um Einnahmen handele, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen.

Stadtrat Rehberger fragt nach, ob sich die kartellrechtlichen Probleme bei der Holzvermarktung zwischenzeitlich geklärt haben. Herr Robens erläutert, man habe sich nun eines Kunstgriffes bedient, der es möglich mache, durch die Umsetzung zweier Mitarbeiter zur Kämmererei des Landratsamtes das Holz zu vermarkten. Grundsätzlich habe sich derzeit eine „Verschnaufpause“ ergeben. Mit einer Grundsatzentscheidung sei in ca. 3-4 Jahren zu rechnen. Das Bundeskartellamt sehe nur einseitig die Problematik des Wettbewerbs, nicht die weitergehenden Funktionen des Waldes als zusammenhängendes Erholungsgebiet.

Stadtrat Fritsch befürchtet durch die Pflanzung von Douglasien und Lärchen eine Verdrängung der einheimischen Baumarten. Herr Robens erklärt, dass die Pflanzung von rund 3.000 Douglasien und 450 Lärchen im Verhältnis zum gesamten Wald sehr gering sei. Man müsse um Artenvielfalt bemüht sein. Ziel sei konkret ein Douglasienbestand von 10%. Herr Fritsch nimmt außerdem Bezug auf die erwähnten Wildschäden und fügt hinzu, dass vermehrt der Fuchs als Kulturfolger in den vergangenen Monaten in Neckargemünd Haus- und Nutzvieh getötet habe. Auch eingeschleppte Waschbären könnten Probleme bereiten. Zusätzlich befürchtet er Schäden am Bannwald durch den aus China eingeführten Laubholzbockkäfer. Herr Robens erläutert, dass der Laubholzbockkäfer lediglich in bestimmten Gebieten Deutschlands ein Problem sei. Er sei auf Pappelpaletten, die aus China eingeführt wurden, eingeschleppt worden. Der Käfer sei allerdings im Neckargemünder Bannwald kein Thema.

Stadträtin Endler fragt, warum Wildschweine nicht stärker bejagt würden. Herr Reinhard erklärt, dass die Wildschäden im Wald von Rehwild verursacht würden, welches die Knospen und Triebe der Bäume abfresse. Wildschweine verursachen Schäden in der Landwirtschaft, nicht im Wald. Er gibt zu bedenken, dass Wildschweine extrem schwer zu bejagen seien, da die intelligenten Tiere ausgesprochen flexibel auf Situationen reagieren könnten und zudem täglich viele Kilometer laufen würden. Die Ansitzjagd auf Wildschweine sei so für Jagdpächter relativ unattraktiv. Auch Treibjagden könnten nur bedingt Einfluss auf die Population nehmen. Er schätzt das Fütterungsverbot als sinnvolle Maßnahme ein und erklärt außerdem, dass das Thema gerne bei der Waldbegehung näher erläutert werden könne.

- 5.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem Waldhaushalt 2016 wie folgt zu:

1.8550	Einnahmen	Betrag in EUR
111000	Benutzungsgebühren u. ähnl. Entgelte	0
130000	Einnahmen aus Verkauf	295.300
130200	Sonstige Holzverkäufe	1.500
140000	Mieten und Pachten	13.900
159000	Vermischte Einnahmen	100
159001	Vermischte Einnahmen mit Steuer	15.500
171000	Zuweisungen vom Land	1.200
277000	Auflösung von Zuweisungen u. Zuschüssen	1.000
	Einnahmen Verwaltungshaushalt	328.500
1.8550	Ausgaben	
400000	Personalausgaben	122.900
500000	Unterhaltung der Grundstücke und baul. Anlagen	100.000
510000	Ernte von Forsterzeugnissen	149.800
511000	Kulturen	900
512000	Forstschutz	500
514000	Erschließung	16.000
515000	Sozialfunktion	3.500
516000	Forsteinrichtung	0
521000	Maschinen und Fuhrpark	3.300
530000	Jagdpachtanteile Gemeinschaftsjagd	0
546000	Steuern, Abgaben, Versicherungen	14.000
560000	Waldarbeiterbezogener Aufwand	3.000
638000	Bürgergabholz	500
640000	Wildschäden	15.000
652100	Telefon- und Datenkommunikationskosten	300
674000	Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	45.500
680000	Abschreibungen	11.100
685000	Verzinsung des Anlagekapitals	499.500
	Ausgaben Verwaltungshaushalt	985.800
2.8550	Einnahmen	
340000	Veräußerung von Grundstücken	5.000
345000	Veräußerung beweglicher Sachen	400
	Einnahmen Vermögenshaushalt	5.400
2.8550	Ausgaben	
932000	Erwerb von Grundstücken	4.000
935000	Geräteausstattung	2.200
	Ausgaben Vermögenshaushalt	6.200

- 6: **Umschuldung von Darlehen**
- Eilentscheidung des Bürgermeisters gemäß § 43 Abs. 4 GemO

- 6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Arnold erläutert kurz die vorgenommenen Umschuldungen und klärt über die Einsparungen im Zinsaufwand auf. Die Stadt werde in die Lage versetzt, zukünftig höhere Tilgungen zu leisten. Herr Bürgermeister Althoff dankt Herrn Arnold für die Darstellungen und für die gute geleistete Arbeit und betont nochmals das Einsparpotential für Stadt Neckargemünd.

6.2: **Beratung:**

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Eilentscheidung des Bürgermeisters gemäß § 43 Absatz 4 Gemeindeordnung zur Kenntnis.

7: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

7.2: **Beratung:**

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

8: **Neubau von Notunterkünften auf dem Grundstück Flst. Nr. 898, Bei der Walkmühle 4**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Zentralen Grundstücks- und Gebäudemanagements ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Althoff erklärt zunächst, dass er unmittelbar vor der Sitzung aus der Mitte des Gemeinderates gefragt wurde, warum er diese Vorlage nicht unterschrieben habe. Bürgermeister Althoff weist darauf hin, dass seines Erachtens diese Vorlage nicht alle wesentlichen Entscheidungskriterien enthalte, die notwendig sind, damit der Gemeinderat eine sachorientierte und ausgewogene Entscheidung treffen kann. Daher erfolgen im Wege des Sachvortrags jetzt weitere Informationen. Er führt in das Thema ein, indem er auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit einer einheitlichen und überparteilichen Entscheidung hinweist. Bereits seit Monaten sei bekannt, dass die Verpflichtung für alle bestehe, Unterkünfte in ausreichendem Umfang und menschenwürdiger Qualität vorzuhalten. Er erläutert den aktuellen Stand, nach dem Neckargemünd im Jahr 2015 25 Flüchtlinge zugewiesen werden und im Jahr 2016 55. Dies habe das Landratsamt den Bürgermeistern in einer Sitzung am 09.10.2015 im Landratsamt persönlich mitgeteilt. Klar sei aber nicht, wann genau die Menschen nach Neckargemünd kommen. Es sei jederzeit möglich, dass ein Anruf vom Landratsamt komme und dann schnell Unterkünfte zur Verfügung stehen müssen. Aus diesem Grund würden derzeit bereits Wohnungen der Stadt Neckargemünd saniert, um dann schnell hilfsbedürftige Menschen aufnehmen zu können. Bürgermeister Althoff zeigt auf, wie sich der Ablauf bei der Flüchtlingsaufnahme darstellt. Zunächst werden die Menschen in Erstaufnahmelagern wie z.B. in Karlsruhe und Heidelberg erkennungsdienstlich erfasst, medizinisch untersucht und behandelt. Es bestehe dann auch die Möglichkeit, hier direkt den Asylantrag zu stellen und zu begründen. Sodann erfolgt die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft in einem der 36 Land- und 9 Stadtkreise in Baden-Württemberg. Der Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften solle der Theorie nach längstens zwei Jahre andauern. Bis dahin solle auch über die gestellten Asylanträge entschieden sein. Die Gemeinden seien dann verpflichtet, Unterkünfte für die Anschlussunterbringung bereit zu stellen.

Die geplante Vorgabe, in Gemeinschaftsunterkünften des Landes pro Kopf eine Fläche von 7 m² vorzuhalten, wurde aufgrund der Notlage von der Landesregierung auf zwei Jahre ausgesetzt. Für die Gemeinschaftsunterkünfte bliebe es wie bisher bei einer Fläche von 4 m² pro Person. Mit Verwaltungsvorschrift vom 09.02.2015 durch die LBBW werden für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in der Anschluss-unterbringung durch die Gemeinden Fördermittel für die Kommunen in Aussicht gestellt. Die Mittel würden nach dem „Windhund-Prinzip“ verteilt. Die Fördermittel belaufen sich auf 25% der entstandenen Kosten, sofern bei der Errichtung der Unterkünfte eine Fläche von 10 m² pro Person angesetzt werde. Diese Angabe werde von der Stadt Neckargemünd vor allem auch aus humanitären Gesichtspunkten als notwendige Maßgabe angesehen. Wichtig sei, dass die Menschen nicht den Eindruck einer Containerunterbringung haben. Es sei nötig, dass man Wohnraum schaffe, Sozial- und Gemeinschaftsräume zur Verfügung stelle und entsprechende Sanitäreinrichtungen einrichte. Herr Bürgermeister Althoff weist erneut darauf hin, dass nun Eile geboten sei. Angebote zur Errichtung von Unterkünften müssten unter den oben genannten Gesichtspunkten betrachtet werden. Außerdem sei es nötig, die Angebote vergleichbar zu machen was z.B. Lieferzeiten, Transportkosten, Versorgung mit Energie, den Bau von Fundamenten usw. angehe. Nur so könne der Gemeinderat in die Lage versetzt werden, schnell eine Entscheidung zu treffen. So sei heute zum einen wichtig, dass grundsätzlich darüber entschieden werde, ob der Standort „Walkmühle“ von allen befürwortet werde, und zum anderen, dass die Stadt Neckargemünd ermächtigt werde, konkrete Angebote über die Errichtung von Notunterkünften für ca. 50 Menschen auf Grundlage einer Fläche von 10 m² pro Person. Da die Zeit dränge, müsse das Gremium bereits in der Sitzung am 15.12.2015 in der Lage sein, konkrete Beschlüsse bezüglich der Auftragsvergabe zu treffen. Bürgermeister Althoff weist eindringlich darauf hin, dass uns das Thema schon lange beschäftigt und nun dringender Handlungsbedarf gegeben sei. Er erteilt sodann Herrn Heid das Wort als Leiter der Arbeitsgruppe Flüchtlinge.

Herr Heid zitiert zunächst aus der Stuttgarter Zeitung vom 07.11.2015:

„Die Kreise und Kommunen stehen unter Druck. Sie sollen schnellstmöglich Flüchtlingsunterkünfte bereitstellen.“ „Man könne sich keine langatmigen Diskussionen mehr erlauben, welche baurechtlichen Standards nun gesenkt werden müssten.“ ... „Der dringliche Bedarf an Unterkünften für Flüchtlinge erfordert schnelles und flexibles Vorgehen.“

Herr Heid erläutert, dass der Bund derzeit versuche, durch den Erlass neuer Gesetze Hürden abzubauen, so z.B. durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz oder das Flüchtlingsaufnahmegesetz. Die Unterbringung von Flüchtlingen sei eine gesamtstaatliche Aufgabe. Angelegenheiten, die derzeit noch bei Bund und Ländern liegen, werden bald bei den Kommunen als zentralem Ankerpunkt in der Bewältigung der Herausforderungen ankommen. Es handele sich dabei um einen laufenden Prozess, Zahlen würden tagtäglich fortgeschrieben und seien stets veränderlich. Er weist darauf hin, dass die Landkreise hierbei eine Doppelrolle erfüllen. Zum einen erwähnt er die kommunale Seite eines Landkreises, zum anderen allerdings auch die Seite als untere staatliche Verwaltungsbehörde, die nun verpflichtet sei, die Verteilerschlüssel an die Kommunen weiter zu geben. Dem Land Baden-Württemberg komme hier in verschiedenster Art eine besondere Rolle zu:

- Baden-Württemberg hat eine hohe Anzahl an Flüchtlingen aufzunehmen und kommt dieser Verpflichtung auch tatsächlich nach.
- Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt es hier ein Anwachsen der Bevölkerung.

- Aufgrund der wirtschaftlichen Lage besteht ein großer Zuzug nach Baden-Württemberg aus Gesamtdeutschland.

Aus diesen Gründen sei die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg grundsätzlich schon angespannt.

Herr Heid führt aus, dass es verschiedene Lösungsansätze für die Problematik der Unterbringung von Flüchtlingen gebe. Man könne auf den privaten Wohnungsmarkt zurückgreifen, der allerdings für die Flüchtlinge zu teuer sei. Auch Zuschüsse vom Kreis würden nur für Wohnungen mit angemessener Miete und in angemessener Größe gezahlt. Eine Alternative könne sein, dass der private Wohnungsmarkt der Stadt Wohnungen zur Anmietung zur Verfügung stelle. Diese Wohnungen könnten dann wiederum an Flüchtlinge vergeben werden. Allerdings weist Herr Heid eindringlich darauf hin, dass dies nicht in einem Untermietverhältnis, sondern lediglich durch eine Einweisung mit Nutzungsentgelt erfolgen könne. Aufgrund der Verpflichtung auf Zurverfügungstellung von Wohnraum nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz sei die Errichtung von Notunterkünften eine weitere Möglichkeit. Hier sei es wichtig, eine entsprechende Satzung zu beschließen, die dann auch die Nutzungsgebühren für die Unterkünfte regele. Die Finanzierung zum Bau von Unterkünften könne über verschiedene Wege erfolgen. So z.B. über das Landesförderprogramm, über Sonderfinanzierungen der Kfw-Bankengruppe sowie aus dem Ausgleichsstock. Auch über die Festsetzung von Nutzungsgebühren kann eine teilweise Refinanzierung erfolgen. Hierbei sei zu beachten, dass durch die zu erwartende Fluktuation (z.B. teilweiser Leerstand) eventuell keine Kostendeckung zu erreichen sei. Auch Herr Heid bittet um Freigabe durch den Gemeinderat, so dass wichtige Planungen angegangen werden können.

8.2:

Beratung:

Stadträtin Groesser weist darauf hin, dass die Planung von Unterkünften schwierig sei, da nicht bekannt sei, in welcher Familienstruktur die Flüchtlinge Neckargemünd erreichen. Für Familien seien andere Unterkünfte nötig als beispielsweise für Paare oder für eine Gruppe junger Männer. Bürgermeister Althoff stimmt zu, dass die derzeitige Unklarheit problematisch für die Planungen sei. Es sei daher umso wichtiger, dass ausreichend große Wohneinheiten geplant werden, die auch flexibel besetzt werden können. Er gibt auch zu bedenken, dass derzeit hauptsächlich Gruppen junger Männer in den Gemeinden ankommen, die Zuflucht von Familien sei stark zurückgegangen.

Stadtrat Schubert stellt ebenfalls dar, dass nun dringend Handlungsbedarf bestehe. Er fragt an, ob bei einer Zugrundelegung von 10 m² pro Person das Areal „Walkmühle“ genug Platz für die Errichtung einer ausreichend großen Unterkunft biete. Er hält es für wichtig, dass man die geplanten Notunterkünfte flexibel besetzen könne. Herr Heid bestätigt, dass die Fläche im Areal „Walkmühle“ voll ausreichend sei. Er erklärt, dass die klassische Vorstellung von Containern so nicht zutreffend sei. Man dürfe den Begriff nicht abwertend belegen. Es müsse sich um Wohncontainer handeln. Um genug Platz für die ankommenden Menschen zu schaffen, sei es auch unglücklich, Container zu Sammelunterkünften aneinander zu reihen. Besser sei es, eine z.B. zweigeschossige Lösung zu wählen. Es sei wichtig, wohnliche Lösungen anzubieten, welche die Eigenverantwortung und die persönliche Identifikation der Flüchtlinge mit der angebotenen Unterkunft stärken könnten.

Stadtrat Fritsch spricht die möglichen Probleme an, die entstehen könnten, wenn Flüchtlingen aus verschiedenen Kulturkreisen zusammen kommen. Man müsse Möglichkeiten haben, eventuelle Spannungsfelder zu entzerren.

Außerdem spricht er die zu erwartende Fluktuation an. Herr Althoff weist darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine Spekulationen über Menschen angestellt werden könnten, die noch nicht einmal in Neckargemünd angekommen seien. Er lobt gleichzeitig die Arbeit des Arbeitskreises Asyl, der sich in freiwilligem und privatem Einsatz bemühe, die Integration der Menschen voran zu treiben. Er räumt ein, dass selbstverständlich Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung aufkommen können. Diesen müsse man mit gezielten Aktionen entgegenwirken, hier führt Bürgermeister Althoff das Beispiel der neuen Beleuchtung der Bushaltestelle in der Kriegsmühle an. Stadtrat Fritsch fügt an dieser Stelle noch hinzu, dass er den Abriss des alten Schuppens und die Planung zur Errichtung von Notunterkünften auf dem Areal „Walkmühle“ für absolut ideal halte. Herr Bürgermeister Althoff ergänzt, dass das Gelände zwar für die Notunterkünfte absolut ideal sei, eine spätere dauerhafte Integration aber nur in der Innenstadt erfolgreich umgesetzt werden könne. Das Gremium stimmt dieser Aussage geschlossen zu.

Stadtrat Volk dankt Herrn Heid für die Ausführungen. Auch er stimmt zu, dass das Areal „Walkmühle“ als Platz für die Notunterkünfte ideal sei und räumt weiterhin ein, dass auch er die Integration später in der Stadt zusammen mit den Neckargemünder Bürgern sehe. Er hebt den dringenden Handlungsbedarf heraus. Auch aufgrund des nahenden Winters sei es extrem wichtig, dass nun schnelle und leistungsfähige Lösungen auf den Weg gebracht werden. Es brauche nun eine geschlossene und schnelle Entscheidung des Gemeinderates.

Stadtrat Katzenstein ist froh über die Einigkeit im gesamten Gremium. Wichtig sei nun Menschlichkeit und Zusammenhalt. Er gibt an, dass er den Standort „Walkmühle“ gerade für die Unterbringung von Familien mit Kindern zwar nicht als ideal ansehe, da es aber nun um die schnelle Errichtung von Notunterkünften gehe, werde der Standort angenommen. Eine Integration, gerade für Familien, könne es nur in der Innenstadt geben. Er wünsche sich daher, dass dies bei der Verteilung berücksichtigt werde. Herr Althoff stimmt dem zu.

Stadtrat Keller weist auf eine nachhaltige Nutzung der Wohncontainer hin. Er wünscht sich nicht nur die schnelle Schaffung von Notunterkünften, sondern tatsächlichen Wohnraum, der einen gewissen Bestand hat. Herr Heid erklärt, dass die Unterkünfte später auch zur Einweisung von z.B. Obdachlosen geeignet sein könnten. Es sei durchaus möglich, diese längerfristig zu nutzen.

Herr Dr. Scheffczyk gibt zu bedenken, dass aus seiner Sicht nun zwei verschiedene Themen vermischt würden. Zum einen benötige man schnelle Lösungen als Notunterkünfte, zum anderen anschließend Wohnraum, welcher seiner Meinung nach sorgfältigerer Planungen bedürfe. Er habe am 28.09.15 den Auftrag erhalten, Untersuchungen für einen Standort von Containern einzuleiten, welche flexibel gestellt und variabel ausgestattet werden können. Er zweifelt an, ob der Standort für die angedachten Vorhaben ausreichend sei. Weiterhin führt er aus, dass der seiner Meinung nach erhaltenswerte Schuppen nicht hätte vollständig abgerissen werden müssen. Es sei möglich gewesen, die südliche Wand stehen zu lassen, um so die Containeranlage daran anzubauen und dadurch den geschützten Innenhofbereich zu den Häusern Walkmühle 6-8 erhalten zu können. Seine Vorgabe sei gewesen, schnelle und günstige Lösungen zu erarbeiten. Er gibt an, dass er von den in den Förderrichtlinien vorgegebenen 10 m² pro Person nichts gewusst habe. Ihm sei nur der Wert von 4,5 m² bekannt, der seinem Wissen nach aufgrund der akuten Flüchtlingsproblematik ab dem 01.01.2016 geändert werden solle und zuvor bei 7 m² lag. Er wies auf eines der Angebote hin, welches in den angebotenen Wohncontainern auf 14 m² bis zu drei Flüchtlinge unterbringen könne. Es sei möglich, nun schnell Lösungen für die Flächenvorgabe von 4,5 m² zu finden,

allerdings sei es, wenn es um 10 m² gehe, nötig gründliche Planungen einzuleiten. Gerade wenn davon ausgegangen werden soll, dass das geplante Gebäude längerfristig stehen soll sieht er die Notwendigkeit städtebauliche Untersuchungen einzuleiten. Er bemängelt, dass es scheinbar zwei unterschiedliche Arbeitsgruppen zu geben scheine und dass ihm verschiedene Informationen nicht zur Verfügung stehen würden. Er erklärt außerdem, dass die Lieferzeiten bereits jetzt drastische Probleme bereiten und dass es tagtäglich schlimmer werde. Er erklärt ausdrücklich, dass er die Förderrichtlinie nicht kenne, die eine Unterbringungsgröße von 10 m² pro Flüchtling vorgebe. Bürgermeister Althoff erwidert, dass die Vorgabe von 4,5 m² für die Gemeinschaftsunterkünfte bereits jetzt gelte, die beabsichtigte Erhöhung auf 7 m² sei ausgesetzt worden. In der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises Flüchtlinge am 02.11.2015 habe man, in Anwesenheit von Herrn Dr. Scheffczyk von Seiten der Stadt beschlossen, dass man ausdrücklich nach den Vorgaben der 10 m² pro Person planen und arbeiten wolle. Es gehe ausdrücklich nicht darum, dass nun kurzfristige, sondern mittel- und langfristige Lösungen gefunden werden. Die geplante Unterkunft solle anschließend der Einweisung von Obdachlosen dienen. Zum Thema des Abrisses des Schuppens erteilt er Frau Lutz das Wort. Sie gibt bekannt, dass Herr Hücklekemkes vom Landesamt für Denkmalpflege der Stadt Neckargemünd auf Nachfrage mitgeteilt habe, dass die Remise aufgrund der maroden und unhomogenen Bausubstanz als nicht schützenswert eingestuft werde. Eine Sicherung der Mauer sei zu aufwendig und kostenintensiv gewesen und hätte dem Gelände zu viele Einschränkungen auferlegt.

Stadträtin von Reumont möchte sich nicht an den Begrifflichkeiten lang-, kurz- und mittelfristig festhalten. Es bestehe jetzt Handlungsbedarf und es sei nun nicht möglich, städtebauliche Untersuchungen einzuleiten. Wenn es bereits jetzt schwierig sei, bestimmte Bauteile zu bekommen, so sei es doch umso wichtiger, bald eine Entscheidung zu treffen. Sie hebt ausdrücklich hervor, dass die Flächenvorgabe von 10 m² vor allem aus humanitären Gesichtspunkten zu gelten habe. Die Aussage findet im Gremium eine breite Zustimmung. Mehr Raum biete mehr Möglichkeiten, auch im Bereich der Integration. Diese Möglichkeiten müssten jetzt geschaffen werden. Weiterhin, so Stadträtin von Reumont, muss im Sinne der Integration auch innerstädtisch Wohnraum geschaffen werden. Herr Bürgermeister Althoff stimmt erneut zu, dass die Integration der Menschen in der Innenstadt erfolgen müsse.

Stadtrat Katzenstein stimmt der Aussage von Stadträtin von Reumont voll zu.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Errichtung von Notunterkünften im Bereich der Walkmühle. Die Verwaltung wird außerdem dazu ermächtigt, die zu errichtende Unterkunft für ca. 50 Menschen auf Grundlage einer Fläche von 10 m² pro Person zu planen. Konkrete Eckwerte werden im Asylarbeitskreis noch ermittelt.

9: **Verschiedenes**

9.1: Stadträtin Endler fragt nach dem Schwimmbadgutachten. Bürgermeister Althoff gibt an, dass das Gutachten im Frühjahr 2016 erwartet werde.

9.2: Stadtrat Keller fragt nach der Straßenbaustelle in Kleingemünd und wundert sich, warum nicht eher die schadhafte Fahrbahn im Bereich zwischen Brücke und Post ausgebessert werde.

- 9.3: Stadtrat Katzenstein bedauert, dass der Bürger, der die Bedenken bezüglich der Verkehrssituation in der Banngartenstraße vorgebracht hat, nicht mehr zugegen sei. Er habe durch persönliche Beobachtung einen etwas anderen Eindruck erhalten. Es werde weitere Beobachtungen der Situation geben.
- Zur Linie 35 gibt er zu bedenken, dass eine Herausnahme aus der Innenstadt nur dann befürwortet werde, wenn eine entsprechend kleinere Alternative vorhanden sei.
- Er möchte auch darüber informieren, dass das Land ab dem 01.01.2016 das Landesjobticket einführe. Zuschüsse würden über das Gehalt ausgezahlt. Man könne ab jetzt bereits entsprechende Anträge stellen. Es sei sinnvoll, diese Information z.B. an die Lehrer des Schulzentrums weiterzuleiten.
- Er fragt außerdem zu dem Sachstand Lärmaktionsplan an. Frau Lutz entgegnet, dass das Büro Köhler und Leutwein noch auf das abschließende Gutachten der Bahn AG warte. Sobald Ergebnisse vorliegen, werden diese dem Gremium vorgelegt.

Der Bürgermeister



Der Schriftführer



Die Urkundspersonen
Stadträtin Kaltschmidt

Stadtrat Streib